



Standardisierte Reifeprüfung und Bildungsstandards

Am 30. April 2008 war auf APA/red/derStandard.at folgende Meldung zu lesen:

„Unterrichtsministerin Claudia Schmied plant für die AHS eine umfassende Maturareform: Künftig soll die Reifeprüfung eine vorwissenschaftliche Arbeit, eine schriftliche Klausur in vier Gegenständen (D, M, leb. Fremdsprache und wahlweise eine 2. Fremdsprache, Informatik, Darstellende Geometrie, Physik oder Biologie), deren Aufgabenstellungen zentral vorgegeben werden, sowie eine mündliche Prüfung in zwei Fächern umfassen. Schmied hatte zuletzt betont, sich diese Reform auch für berufsbildende Schulen vorstellen zu können.“

Ein Pilotprojekt an 57 AHS in ganz Österreich in den Fächern Englisch (52 Schulen), Englisch / Französisch (3 Schulen) bzw. Französisch (2 Schulen) ist inzwischen gestartet worden. Auf die Evaluierung dieses Pilotprojektes, in welche hoffentlich alle Beteiligten (SchülerInnen, LehrerInnen, Eltern) eingebunden sein werden, darf man gespannt sein.

Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts OGM, veröffentlicht im April im „Profil“, ist die Hälfte der Österreicher für die Einführung einer standardisierten Matura, 35% der Befragten lehnen ein solches System ab.

Mit der Novellierung der Reifeprüfung an AHS (Einführung an allen AHS ab 2012) sollen folgende Ziele erreicht werden: Standardisierung und Orientierung an Kompetenzen, nachhaltige Absicherung von Wissen, Qualitätssteigerung und -sicherung, höchstmögliche Objektivität, Transparenz und Vergleichbarkeit von SchülerInnenleistungen, Vereinfachung von Bestimmungen. Weiters soll dem internationalen Trend der Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen (EQR – Europäischer Qualitätsrahmen, NQR – Nationaler Qualitätsrahmen) Rechnung getragen werden.

Verantwortlich für die Entwicklung und Einführung der Neuen AHS-Matura zeichnet das Bifie (Bundesinstitut

für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des Bildungswesens). Das Bifie hat drei Standorte und Schwerpunkte: Salzburg für Internationale Studien und Tests (Leiter: Pisa-Experte Günter Haider), Wien für Schulentwicklung (Leiter: Josef Lucyshyn, ehemaliger LSI in Salzburg), und Graz für Evaluationsforschung (Leiter: Werner Specht, Pädagogikprofessor und Mitarbeiter von Günter Haider bei der Pisa-Studie).

Die neue Matura basiert auf nationalen Bildungsstandards, die für die AHS bereits größtenteils erarbeitet wurden; für die BMHS ist die Erarbeitung unterschiedlich weit gediehen. So wie es derzeit aussieht, sollen die Korrekturen der Maturaarbeiten weiterhin von den jeweiligen LehrerInnen nach einem vorgegebenen Fehlerschlüssel erfolgen.

Positiv kann am Ansatz der standardisierten Reifeprüfung die Vergleichbarkeit von SchülerInnenleistungen und Bildungsabschlüssen bewertet werden. Auch eine Festlegung von Standards, sofern es sich um Mindestanforderungen handelt, kann für SchülerInnen und LehrerInnen ein durchaus wertvolles Feedback bedeuten, wenn es als solches gehandhabt wird. Dazu müssten die Standards vom üblichen Prüfen abgekoppelt werden und als regelmäßige Erhebung an einem gewissen Prozentsatz von Schulen erfolgen („Bildungsmonitoring“) und nicht als persönliche Rückmeldung.

Es ist kritisch anzumerken, dass die Zielsetzung der Standards bisher nicht klar erklärt wurde: Geht es um Schülerentwicklung, um Verbesserung des Unterrichts, Überprüfung der Lehrenden oder um Überprüfung der Umsetzung der Lehrpläne? Auf keinen Fall darf das Erreichen der Standards durch die SchülerInnen zur Dienstpflicht des Lehrers erklärt werden, weil vor allem in den BMHS unterschiedlichste Vorkenntnisse und damit auch divergierende Leistungsniveaus gegeben sind.

Der/Die Lehrende wird im Kontext der neuen Reifeprüfung zum Trainer. Das kann den Vorteil haben, dass ►

▷ er/sie vom Schüler eher als helfende Kraft auf dem Weg zum Abschluss gesehen wird denn als jemand, der/die an all dem Stress schuld ist, da er/sie ja die Aufgaben stellt und die Bewertung vornimmt. Die sehr persönliche LehrerInnen-SchülerInnen-Beziehung, wie sie bisher durch stark schülerInnenzentrierten Unterricht gelebt wird, wird sich aber zweifelsohne verändern.

Uns muss bewusst sein, dass unter einer Standardisierung die in den letzten Jahren mit großem Einsatz aufgebaute Schulautonomie (speziell an den BMHS) leiden wird. Die individuellen Wahl- und Vertiefungsmöglichkeiten der SchülerInnen werden reduziert. Kreativer, methodenvielfältiger, offener, aktualitätsbezogener Unterricht und individuelle Förderung gestalten sich ungleich schwieriger. Inhaltliche Flexibilität geht durch die Standardisierung verloren, im schlechtesten Fall kann es zum ausschließlichen Abarbeiten von Vorgegebenem kommen.

Reformen sind wichtig. Wir können uns speziell im Bildungswesen neuen Tendenzen und internationalen Trends

nicht verschließen, jede Neuerung sollte jedoch das erklärte Ziel haben, für alle Beteiligten die größtmöglichen Vorteile zu bringen. Dazu muss die Basis klar über die Ziele der Neuerungen und deren Sinnhaftigkeit aufgeklärt werden, die Besonderheiten der jeweiligen Schultypen müssen berücksichtigt und alle begleitenden Maßnahmen rechtzeitig gesetzt werden, damit die Reform gelingt: Bereitstellen von Unterrichtsmaterialien, Lehrwerken, Ressourcen für nötige Fördermaßnahmen; Qualitätssicherung nicht nur von oben in Form einer standardisierten Matura, sondern auf breiter Basis – kleine Klassen, Sprachförderkurse, StützlehrerInnen, psychologische Betreuung vor Ort, großzügige Aus- und Fortbildung der LehrerInnen, Supervision für die Lehrenden sowie eine klare Trennung von administrativen Aufgaben und Lehrtätigkeiten.

Ohne diese Maßnahmen könnte die groß angelegte Reform leicht zum Stückwerk werden und die Beteiligten bloß überfordern.

Christine Mössler, HLW Graz

Ganz ganz COOL

Im Lehrplan der HAS aus dem Jahre 2003 wurde als eine Methode des Unterrichtens das erste Mal Cooperatives offenes Lernen installiert. Nach Widerständen von Seiten der Gewerkschaft eine Unterrichtsmethode quasi zu verordnen und damit die Lehrfreiheit einzuschränken, wurde die offene Form des Lernens nicht verpflichtend, sondern beispielsweise als eine Möglichkeit des Unterrichtens beschrieben (Lehrplan der Handelsschule 2003). Ausgehend vom Impulszentrum für Cooperatives offenes Lernen an der HAK/HAS Steyr breitete sich der Gedanke des COOL in Österreich rasch aus. Finanziell wurden „coole“ Initiativen durch Mittel der Europäischen Union – so genannte ESF-Gelder – unterstützt. Auch die Pädagogischen Institute (jetzt die Pädagogischen Hochschulen) reagierten im Fortbildungsbereich mit Lehrgängen und weiteren Modulen zum Cooperativen offenen Lernen auf den Trend.

Wie schaut die Praxis des COOL aus?

Der/die SchülerIn soll durch kooperatives offenes Lernen zu eigenständiger und selbstverantwortlicher Arbeitsweise und zur Teamarbeit in fächerübergreifenden Aufgabestellungen befähigt werden (vgl. Lehrplan HAS 2003). COOLer Unterricht findet meist in Blöcken von 3 – 5 Stunden an einem Wochentag oder verteilt an mehreren Wochentagen statt. Die SchülerInnen erhalten am Beginn der Einheit ihre Aufgabenstellungen und lösen sie in unterschiedlichen

Sozialformen in der selbst organisierten Zeitstruktur. Arbeitsaufträge können da durchaus über mehrere Wochen laufen. Räumlich ist es sinnvoll, Zugänge zu Computern zu ermöglichen und auch kleinere Arbeitsräume zur Verfügung zu stellen. Innerhalb der „coolen“ Stunden bewegen sich die SchülerInnen völlig frei. Am Ende der Einheiten geben die SchülerInnen ihre (hoffentlich) fertigen Arbeitsaufträge ab.

In der HAK/HAS Weiz arbeiten wir seit 2003 in einer steigenden Zahl an Klassen (derzeit in 7 Klassen, ab Herbst wahr- ▷



STEIRISCHE LEHRER/INNEN INITIATIVE
Unabhängige Gewerkschafter/innen

scheinlich in 10 Klassen) während 10 – 15% des Unterrichts in einer „coolen“ Form. Der Umgang mit Freiheit ist anfangs für LehrerInnen und SchülerInnen durchaus auch stressig. Die Versuchung abzuschreiben, das Zeitmanagement, das Aushalten einer „neuen“ LehrerInnenrolle, die eher beratend und begleitend ist, sind Herausforderungen, aber eben auch ganz wichtige Lernimpulse. Unser Schulsystem ist im Umgang mit Freiheit ja nicht gerade sehr erfahren. Finden LehrerInnen und SchülerInnen einmal Vertrauen zu der Methode und natürlich auch zueinander, kann „cooles“ Arbeiten sehr lustvoll werden. Unterschiedliche Sozialformen bringen eine Wendigkeit, die freie Zeiteinteilung und die erlaubte freie Beweglichkeit im Schulgebäude sind Vorzüge, die SchülerInnen zunehmend

als attraktiv ansehen. Regelmäßige Teamsitzungen, in denen Probleme und Chancen des „coolen“ Unterrichtes besprochen werden, ergänzen das Cooperative offene Lernen.

Eine weiterer Gewinn des COOL auf Seiten der LehrerInnen ist die Notwendigkeit des regelmäßigen kollegialen Austausches, der uns aus dem tendenziellen Einzelkämpfertum heraus lockt. Nicht verschwiegen werden darf natürlich, dass diese Lernform neben dem Lustgewinn, den sie bringt, mehr Engagement und immer wieder auch mehr Zeit erfordert. Aber wie heißt es so schön: „Von nix kommt nix!“

Klaus Krottmayer, BHAK/BHAS Weiz, PH Steiermark

Pensionskürzungen stoppen

Produktivität der Volkswirtschaft und Erwerbsquote ermöglichen höhere Pensionen

Die Österreichische LehrerInnen Initiative (ÖLI-UG) sieht in der von der Regierung geplanten Pensionsautomatik einen weiteren inakzeptablen Angriff auf das solidarische Umlageprinzip der Alterssicherung. Schon die Pensionsreformen 2003/04 haben mit der Lebensdurchrechnung eine Kürzung der künftigen Alterspensionen um bis zu 55% (wie z.B. für die jungen LehrerInnen) gebracht und damit das Tor zur Altersarmut weit aufgestoßen. Vom Lebensstandardsicherungsprinzip hat man sich damit verabschiedet. Diese Pensionsreformen wurden mit dem Hinweis begründet, dass die Menschen immer älter werden und der wachsenden Zahl von Pensionsbeziehern eine schrumpfende Zahl von BeitragszahlerInnen gegenüberstehe.

Das jetzt vorliegende Pensionspaket wird fast gleich lautend begründet und wird – auf den Punkt gebracht – weitere Pensionskürzungen bringen. Die Erwartung von Pensionistinnen und Pensionisten, dass zumindest die Kaufkraft der Pensionen erhalten bleibt, wird systematisch unterlaufen.

Das ständige Wiederholen von der bevorstehenden Unfinanzierbarkeit der Pensionen ist noch kein Argument für die Richtigkeit dieser Behauptung. Ob und in welcher Höhe wir uns Pensionen leisten können, hängt – wie die Steuerinitiative im ÖGB richtigerweise schreibt – nicht davon ab, wie lange wir leben, sondern von der Produktivität unserer Volkswirtschaft und der Erwerbsquote. In einer EU-Studie zu den Pensionssystemen in der EU wird für Österreich ein Sinken des Anteils der Pensionsausgaben am BIP von 13,4% (2004) auf 12,2% im Jahr 2050 prognostiziert. Das heißt, schon die letzten Pensionsreformen dienten der Einsparung und nicht der Pensionssicherung! Und jetzt wird noch ein Schäufelr draufgelegt.

Wir fordern eine Reform, die

1. die Lebensstandardsicherung der PensionistInnen garantiert, d.h. in jedem Falle die volle Inflationsabgeltung zusichert;
2. vom Prinzip der Lebensdurchrechnung abgeht und diese durch eine Durchrechnung ersetzt, die sich an der durchschnittlich in Pension verbrachten Zeit orientiert. Wenn also die durchschnittliche Lebenserwartung 80 Jahre und das durchschnittliche Pensionsantrittsalter 60 beträgt, bringt das eine Durchrechnung von 20 Jahren;
3. das einmal ausgearbeitete, auf dem Umlageverfahren basierende Modell der Alterssicherung in den Verfassungsrang stellt, damit der Generationenvertrag auch wirklich hält.

Das setzt voraus, dass das Umlageverfahren breiter als bisher finanziert wird. Ein wesentlicher Beitrag muss durch eine Wertschöpfungsabgabe geleistet werden, denn die Bindung der Abgaben an die Lohnsumme bewirkt geringere Einnahmen für die Pensionsversicherungen, wenn – wie dies seit über 15 Jahren der Fall ist – die Löhne langsamer steigen als die Gewinne. Außerdem wird es dadurch für Unternehmen attraktiv, mit weniger MitarbeiterInnen zu agieren, da das ihren Aufwand für Sozialabgaben senkt.

Die politischen Parteien kennen offenbar keinen anderen Weg, als die breite Masse der ArbeitnehmerInnen zur Kasse zu bitten. Die SPÖ trägt den Kurs der blauschwarzen Koalition weiter.

Der überparteiliche ÖGB ist daher gefordert, als Vertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen das neoliberale Projekt der Pensionsautomatik der Regierungsparteien aufzutreten und mit einer Informations- und Mobilisierungskampagne eine Pensionsregelung im Interesse seiner Mitglieder durchzusetzen.

Rückfragen: Josef Gary Fuchsbauer, ÖLI-UG-Bundeskoordinator, 0680 2124358, oeli@kreidekreis.net

5. Oktober – ein wichtiger Termin!

Am 5. Oktober des Vorjahres wurde in Österreich erstmals der 1994 von UNESCO, ILO und EI (Education International) zur weltweiten Würdigung der LehrerInnen ins Leben gerufene Weltlehrtag begangen. Der Auftakt war keineswegs optimal: Unter dem Motto „Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Lehrer verbessert die Lernbedingungen der Schüler“ wurde an den AHS von FCG und FSG ausschließlich gegen die Neue Mittelschule (!) mobilisiert, während in etlichen BMHS nicht einmal Dienststellenversammlungen stattfanden. Ein später Aufruf, widersprüchliche Infos (zuerst Schwerpunkt auf Verbesserung des Images und der Arbeitsplatzsituation, später auf dienst- und besoldungsrechtliche Neuerungen) und Infomaterial zum Selberzusammenstellen haben die Abhaltung der Versammlungen nicht erleichtert und so fiel die Bilanz vieler KollegInnen keineswegs rosig aus. Aber: Es wurde zugesichert, in den nächsten Jahren rechtzeitig zu mobilisieren und wirklich brauchbares und ansprechend gestaltetes Material zu liefern. Wir unterstützen das voll und ganz!

Für uns hat der Weltlehrtag einen hohen Stellenwert: An diesem Tag wird in 166 Ländern auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen von LehrerInnen aufmerksam gemacht und Bildung von hoher Qualität sowie soziale Gerechtigkeit gefordert. Auch wenn die Situation in Österreich besser ist als in vielen anderen Ländern, die Arbeitsbedingungen sind auch hierzulande noch lange nicht optimal. Viele KollegInnen teilen sich – wie in der Resolution des Vorjahres festgehalten – mangels Platzangebotes einen Arbeitsplatz, von versperrba-

ren Fächern zur Lagerung der Lehrmittel, Schularbeitenhefte etc. können viele nur träumen. Und bei vielen Neuerungen im Dienst- und Besoldungsrecht, die uns von der Regierung verpasst werden, handelt es sich um Verschlechterungen. Darauf schultypenübergreifend hinzuweisen bietet sich am Weltlehrtag eine gute Gelegenheit.

Der Weltlehrtag sollte aber auch heuer wieder ein Anlass sein, „über den Tellerrand unserer eigenen Anliegen hinauszusehen“ (Aufruf der ARGE Lehrer 2007). In Afrika infizieren sich – wie im Aufruf festgehalten – fast täglich PädagogInnen bei ihrer Arbeit mit dem HI-Virus. Der freie Bildungszugang für alle Kinder, im Besonderen für Mädchen, ist in zahlreichen Ländern nicht gesichert. Viele LehrerInnengewerkschaften stehen unter Druck: Seien es die französischen Gewerkschaften durch den angekündigten Stellenabbau, gegen den Mitte Mai fast zwei Drittel der LehrerInnen streikten, oder – um von einem anderen Kontinent zu sprechen – die Gewerkschaft der BildungsarbeiterInnen (SNTE) im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca, deren Repräsentanten starken Repressionen ausgesetzt wurden. In Kolumbien fielen 2006 gar 33 gewerkschaftlich organisierte LehrerInnen Anschlägen zum Opfer.

Wir sollten – dank unseres relativen Wohlstandes – die Kraft und die Energie besitzen, uns auch mit diesen KollegInnen zu solidarisieren und z.B. Kampagnen von Amnesty International zu unterstützen.

John Gaisbacher, BULME Graz

Stopp Burnout

Gerade zu Schulschluss steigt mit dem Prüfungsstress die psychische Belastung von LehrerInnen, die ohnedies zu den am stärksten durch Burnout gefährdeten Menschen zählen. Die Belastungen sind aber nicht auf die Zeit des Jahresabschlusses begrenzt, es gibt eine Reihe von weiteren Umständen, die zu Burnout führen können (siehe www.schulleitung.at):

- Schwierige und verhaltensauffällige SchülerInnen (Erziehungsdefizite);
- Probleme mit den Eltern (Besserwisserei, Gleichgültigkeit, LehrerIn muss die Mutter- oder Vaterrolle übernehmen);
- Negatives Berufsimagen („Halbtagsjob“, „2 Monate Ferien“, wenig bis keine Aufstiegsmöglichkeiten, gute Arbeit wird nicht anerkannt);
- Ungenügende Gesamtqualifikation (mangelnde didaktische Gestaltungsmöglichkeiten);
- Ungünstige Rahmenbedingungen (Ausstattung des Klassenzimmers, Stundenplan, Pausengestaltung etc.);
- Schlechtes Klima unter den KollegInnen (z. B. mangelnde Solidarität);
- Schlechtes Verhältnis zur Schulleitung (wenn pädagogi-

sche Probleme auf der Strecke bleiben, weil die Schule z.B. nach außen gut dastehen soll);

- Schulaufsicht (zu starke oder keine Kontrolle).

Die Alternativen, Grünen und Unabhängigen GewerkschafterInnen (AUGE) haben vor kurzem die Broschüre ‚Stopp Burnout‘ herausgebracht, die auf die Kultur der Leistungsüberforderung bei gleichzeitiger Verweigerung von Anerkennung und Wertschätzung aufmerksam macht. Zwischen Panikmache und Verharmlosung will die Broschüre zur Selbstanalyse und zum Nachdenken über unser Arbeits- und Wirtschaftssystem anregen. Ausgewählte weiterführende Institutionen sind ebenfalls aufgeführt.

Ganz toll: Die Broschüre ist kostenlos zu bestellen bei: AUGE, Paulustorg. 3, 8010 Graz, auge.stmk@eyecatch.at oder Tel: 0664 390 18 58.

Nützliche Tipps gegen Erschöpfungs- und Depressionstendenzen finden sich auch unter www.schule.at und unter www.eduhi.at. Ein gut strukturierter Fragebogen auf www.schulleitung.at zeigt, ob jemand burnout-gefährdet ist.